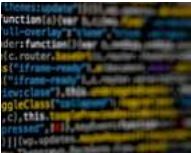





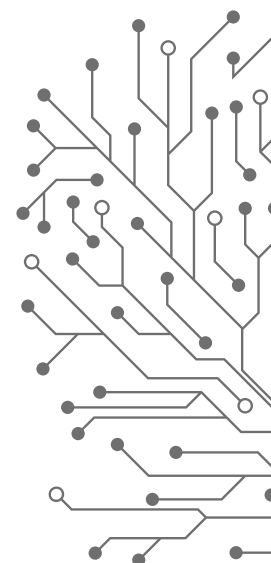


Schwerpunkt Digitalität

Mit Beiträgen zu Cybervorfällen, Herausforderungen der digitalen Gesellschaft und der Fachtagung „Digital 2020“.

Inhalt

	Impressum	2
	Editorial	3
	Cyberkrieg, -kriminalität, -terror?	4
	Eine Typologie von Dr. Matthias Schulze (SWP)	
	Radikal im Netz	7
	Die Fachtagung Digital 2020 zusammengefasst von Dr. Andrea Keller (AKSB)	
	Herausforderung digitale Gesellschaft	8
	Anmerkungen von Robert Kläsener (Kommende Dortmund) über den Einfluss der Digitalisierung auf die Arbeitswelt	
	Konsequenz der Konvergenz: Das erste Handbuch Medien- und Informationsethik	10
	rezensiert von Prof. Andreas Büsch (Clearingstelle Medienkompetenz)	
	„Die Grenzen verschwimmen“	12
	sagt Georg Salditt (IBZ St. Marienthal) im Interview über Populismusprävention und die Ostritzer Friedensfeste	
	Gottes Sozialcharta und die AKSB	14
	Gedanken von Michael Peters (Franz Hitze Haus) zum Magnificat Mariens	
	Termine	16



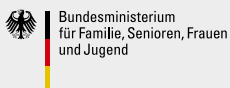
Impressum

Hrsg.: AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (AKSB-inform 2019), Bonn.

Erscheinungsdatum: Juli 2019

© 2019 AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Heilsbachstr. 6, 53123 Bonn.

Gefördert vom



Auflage: 1.200 Exemplare

ISSN: 0937-8383

Verantwortlich: Dr. Karl Weber

Redaktion: Claudia Krupp

Unter der Mitarbeit von: Prof. Andreas Büsch, Dr. Andrea Keller, Robert Kläsener, Nadine Krumscheid, Michael Peters, Hildegard Pieper, Andrea Rein, Georg Salditt, Markus Schuck, Marion Schue, Dr. Matthias Schulze, Kai Stenull, Dr. Karl Weber.

Grafische Gestaltung: deus werbung, Scheidter Straße 23, 42653 Solingen.

Gesamtherstellung: DCM Druck Center Meckenheim GmbH, Werner-von-Siemens-Str. 13, 53340 Meckenheim.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

mal ehrlich – kannten Sie vor dem 18. Mai 2019 Rezo? Ich nicht. Und damit bin ich sicher nicht allein. Nicht wirklich überrascht sein konnte man allerdings von der Wirkung, die Influencer wie Rezo erzielen.

Die politische Bildung treibt das Thema um. In der AKSB hatten wir auf unseren Tagungen „Digital 2020“ mehrfach die Auswirkungen digitaler Kommunikation auf das politische und gesellschaftliche Verhalten im Blick. Mühe-

los lassen sich aus der Arbeit der AKSB-Mitglieder weitere Beispiele hinzufügen. Auch die gemeinsame Fachtagung der AKSB und der KEB wird sich dem Thema widmen.

Die Beiträge dieses Heftes zeigen: in der Bildungspraxis ist das Thema längst angekommen. Und weil es schon lange nicht mehr nur um technische Prozesse geht, sprechen wir

nicht mehr von Digitalisierung, sondern von Digitalität als Lebenspraxis.

Den Stein der Weisen, was durch politische Bildung zukünftig gelehrt, gelernt und vermittelt werden soll, haben wir allerdings für uns noch nicht gefunden. Derzeit wird an vielen Stellen mit unterschiedlichen Grundhaltungen experimentiert. Die Stimmung schwankt zwischen Begeisterung über die neuen Möglichkeiten und Kulturpessimismus mit Blick auf Manipulation, Hass und Propaganda (ein altes lateinisches Wort, mögliche Übersetzung heute: „Fake“). Vielleicht macht dieses Ungewisse und Unklare derzeit die „Große Gereiztheit“ (Uwe Pörksen) aus.

Aber darin sind wir uns in der AKSB einig: Gelassenheit im Umgang mit digitalen Medien erreicht man nur durch Aufklärung über die Chancen und Risiken von Digitalität. Es geht um kognitive Fähigkeiten, einschätzen zu können, wie das „Wissen, das vermittelt wird, zustande kommt und wie fehlerhaft und manipulationsanfällig die Wahrnehmung des Einzelnen oder auch ganzer Gruppen und Gesellschaften potenziell sein kann. Es immunisiert idealerweise gegen die Versuchung der unbedingten Gewissheit, die Verführung von Dogmatismus und Ideologie“ (aus: Pörksen: Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung (2018)). Hinzu kommt die emotionale Fähigkeit, sich von netzgestützter Charismatik nicht blenden oder von den Tendenzen zur Verrohung nicht einschüchtern zu lassen. Und dazu gehört auch die Bereitschaft, die Plattformbetreiber stärker als bisher als das zu behandeln, was sie sind: private Anbieter mit (legitimen) Gewinnabsichten, für deren Agieren im öffentlichen Raum Regeln gelten.

Auf dem Weg hin zu einer neuen digitalen Bildung sind derzeit viele – und auch wir in der AKSB – unterwegs. Große Wirkung ist noch nicht spürbar. Das kann sich aber schnell ändern. Neue Schulfächer, neue Bildungsorte, neue Gesetze brauchen eine neue gesellschaftliche Übereinkunft über die ethischen Standards im Netz. Dazu wollen wir beitragen. Nicht als realitätsferne Idealisten, sondern im Austausch mit Ihnen. Unterstützen Sie als aufgeklärte Influencer/-innen unsere politische Bildungsarbeit.

Einen guten Sommer wünscht Ihnen

Ihr

Dr. Karl Weber
Geschäftsführer
der AKSB



Cyberkrieg, -kriminalität, -terror? Eine Typologie

Cyberphänomene lassen sich anhand ihrer Handlungslogik kategorisieren.
In seinem Beitrag auf der AKSB-Jahrestagung 2018 gab Dr. Matthias Schulze einen Überblick.

Cyberkrieg ist in den vergangenen Jahren zum Buzzword verkommen (Singer/Friedman 2014: 16). Dabei entsprechen die meisten Cybervorfälle, die durch Medien und Politik bekannt werden, gar nicht den Kriterien von gewaltsamen Konflikten¹ oder gar (zwischenstaatlichen) Kriegen. Rid (2013) argumentiert, dass die meisten Cyberangriffe keine physische Gewalt erzeugen, staatliche Beteiligung schwer nachzuweisen ist und bis zum heutigen Tage kein Mensch durch eine Computerattacke getötet worden ist. Deswegen sei der Begriff des Krieges hier irreführend, da dieser mit Gewalt und Zerstörung mit dem politischen Ziel, den Willen des politischen Gegners zu brechen, einhergeht.

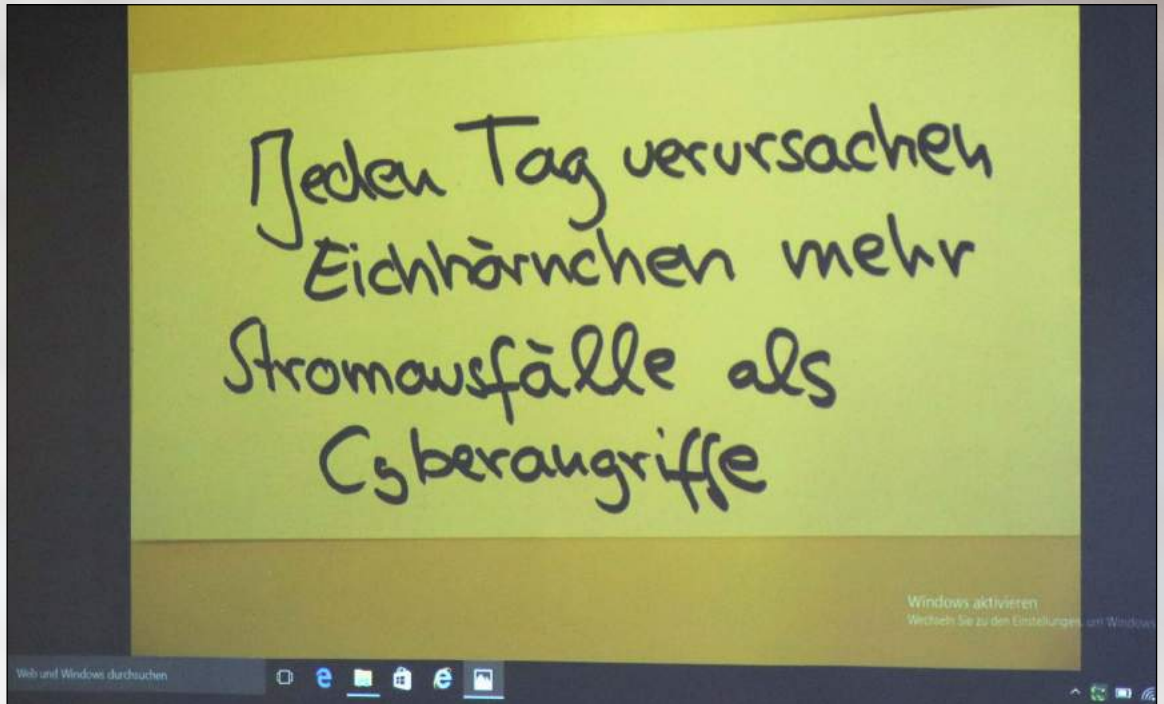
Cybervorfälle kategorisieren

IT-Experte Bruce Schreier (2007) argumentiert, dass nicht jeder Einsatz eines Gewehres ein Akt des Krieges oder ein Angriff ist (Jagd) und somit auch nicht jeder Hack als Cyberangriff gewertet werden sollte. Weil die Intention der Angreifer eine Rolle spielt, ist es sinnvoll, verschiedene Cybervorfälle zu kategorisieren, etwa nach Intensität des Vorfalls (störend, destruktiv), Intention (politisch, sozial, wirtschaftlich), Komplexität & Kosten (je gering bis hoch) und den dominanten Akteuren.

Die meisten Vorfälle bewegen sich dabei am mittleren bis unterem Spektrum zwischen Hacktivismus und Spionage. Sie haben in der Regel eine geringe Intensität, das heißt: sie sind nicht-destruktiv, sondern der Schaden ist meist temporär bzw. symbolisch (Imageverlust). Die Einstiegskosten und Komplexität sind gering, sodass eine Vielzahl von Akteuren diesen Aktivitäten nachgehen kann: Individuen, Gruppen und auch Staaten. Insbesondere Website Defacement und Formen des Hacktivismus (zum Beispiel DDoS-Angriffe, die zum Ausfall von Websites führen) werden auch zunehmend von staatlichen bzw.

¹ »A contested incompatibility that concerns government and/or territory where the use of armed force between two parties, of which at least one is the government of a state, results in at least 25 battle-related deaths in one calendar year« (Uppsala Conflict Database 2015).

	Ausführende Akteure	Betroffene Ziele	Motivation
Aktivismus & Desinformation	<ul style="list-style-type: none"> - Individuen - Gruppen - 'state-sponsored' - patriotische Hacker & Proxies 	<ul style="list-style-type: none"> - Zivile Infrastruktur - Medien - Parteien - religiöse Ziele - NGO 	<ul style="list-style-type: none"> - Stören des politischen Diskurses - Politische Polarisierung - Propaganda - Rekrutierung (ISIS)
Vandalismus	<ul style="list-style-type: none"> - Individuen - Gruppen - 'state-sponsored' - patriotische Hacker & Proxies 	<ul style="list-style-type: none"> - Zivile Infrastruktur - Medien - Parteien - religiöse Ziele - NGO 	<ul style="list-style-type: none"> - Stören des politischen Diskurses - Propaganda - Politische Kommunikation (signaling) - Doxxing
Cyber Crime	<ul style="list-style-type: none"> - Individuen - organisierte Kriminalität - Staaten mit Cyber-Crime-Nexus (Russland, China, Nordkorea) 	<ul style="list-style-type: none"> - Opportunität der Ziele - Vorwiegend monetäre Infrastrukturen (Banken, Bitcoin-Wallets, Online-Payment, Online-Games, Gambling) 	<ul style="list-style-type: none"> - monetärer Gewinn - Doxxing - Cyber-Crime as a Service - Cover-up für Spionageoperationen (state-sponsored)



Nicht alles, was als Cyberangriff gedeutet werden könnte, ist eine geplante Attacke, wie diese Notiz von Dr. Matthias Schulze verdeutlicht. Foto: AKSB

staats-nahen Hackern durchgeführt, etwa zum Stören der politischen Opposition (Mansfield-Devine 2015). Zu unterscheiden ist auch die Intention: Politische Vorfälle (etwa von Hacktivisten) zielen auf eine hohe Sichtbarkeit ab (zum Beispiel Website Defacement und Trolling von Nachrichtenseiten) und sind dadurch häufig attribuierbar.

Cybercrime am häufigsten

Die statistisch am häufigsten auftretenden Vorfälle sind ökonomischer Natur: Cybercrime. Es wird in Computer von Unternehmen eingedrungen, um Daten zu extrahieren, etwa geistiges Eigentum (Patente) oder Kundendaten (Kreditkartendaten) zu stehlen (etwa der Sony-Hack 2014, Ashley-Madison-Hack

Eigenschaften	Komplexität und Kosten	Tools	Beispiele
<ul style="list-style-type: none"> - In der Regel nur störend - nicht invasiv und destruktiv 	<ul style="list-style-type: none"> - Kostenlos bis geringe Kosten - Geringe Komplexität 	<ul style="list-style-type: none"> - Legale Boardmittel von Online-Plattformen - Fake-Accounts 	<ul style="list-style-type: none"> - z. B. Facebook-Initiativen, Gruppen, sponsored Ads - Kreml Internet Research Agency im US-Wahlkampf 2016
<ul style="list-style-type: none"> - störend - teils invasiv und mit illegalen Mitteln 	<ul style="list-style-type: none"> - geringe Kosten (Botnet for hire (24h/400\$)) - Geringe Komplexität 	<ul style="list-style-type: none"> - Übernahme von Social-Media-Accounts mit gestohlenen Passwörtern - credential theft & abuse 	<ul style="list-style-type: none"> - Estland DDoS-Angriffe 2007 - Übernahme CDU-Website 2010
<ul style="list-style-type: none"> - in der Regel nicht störend - Ransomware = störend und disruptiv - automatisiert - n-Day Sicherheitslücken - ca. 600 Mrd. \$ an wirtschaftlichen Verlusten jährlich 	<ul style="list-style-type: none"> - Kosten & Nutzen abwägend bzw. Pareto-Prinzip - Kosten Banking-Malware (ca. 900\$) - Komplexität: gering bis hoch 	<ul style="list-style-type: none"> - diverse Malware, Ransomware - credential theft & abuse - Phishing - Spam - Bot-Netze - COTS-Trojaner von Schwarzmärkten 	<ul style="list-style-type: none"> - Phone-Phreaking 1970s - Mafiaboy 2000 - Sony-Hack 2011 - Yahoo-Hack 2013 - Ransomware-Welle seit 2014 - Emotet 2019

2015). Beliebte Ziele sind Bezahldienste, zum Beispiel Online-Gambling, Online-Gaming oder Software-Services (Mansfield-Devine 2015, 16). Die Intention ist meist wirtschaftlich, die Steigerung von Profit, zum Beispiel durch den Weiterverkauf von Daten auf dem Schwarzmarkt, Erpressung (Ransomware) oder andere Formen der Monetarisierung, wie etwa Bitcoin-Mining. Zahlreiche Akteure haben ein Interesse an gestohlenen Daten, etwa die organisierte Kriminalität und Hackergruppen. Weil Cybercrime sehr lukrativ bei relativ geringer Einstiegshürde ist, gut skaliert und somit automatisierbar ist und das Entdeckungsrisiko durch Strafverfolgungsbehörden als gering wahrgenommen wird, tummeln sich in diesem Bereich quantitativ betrachtet die meisten bösartigen Hacker.

Cyberaktivitäten von Staaten

Politische und wirtschaftliche Spionage ist die dominante Cyberaktivität von Staaten. Staatliche Daten, wie Sozialversicherungs- oder Steuerdaten, gespeicherte Vorratsdaten oder Listen über Behördenpersonal mit Sicherheitsfreigabe (wie 2015 beim US Office of Personnel Management) sind attraktiv für Nachrichtendienste. Dabei ist das Ziel, möglichst lange, unbemerkt von fremden Systemen, Daten zu extrahieren, was gleichzeitig den Verschleierungsaufwand erhöht und die Operation komplexer werden lässt.



Dr. Matthias Schulze ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. <https://www.swp-berlin.org> Foto: SWP

Cyberfälle mit Kalkül entwickelt

Zusammenfassend gilt folgende logische Hypothese: Je intensiver die geplante Wirkung (etwa physische Zerstörung), desto komplexer wird Cyberoperation, desto mehr Budget, Know-how und Professionalisierung ist nötig. Dies führt zu Selektion der Akteure. Es ist also keinesfalls so, dass jeder beliebige Hacker komplexe Cyberwaroperationen mit physischen Schäden ausführen kann. Für Cyberterroristen stellt sich die Frage, ob der enorme Kosten- und Personalaufwand am Ende sinnvoll ist oder ob nicht traditionelle terroristische Mittel wie Autobomben »more bang for the buck« generieren (Lewis 2002).

Cyberterrorangriffe hat es bisher noch keine gegeben. Der Großteil terroristischer Aktivität im Internet konzentriert sich auf Propaganda und Rekrutierung. Komplexe, offensive Cyberoperationen wie Stuxnet oder das Abschalten des feindlichen Radars können (bisher) nur mit nachrichtendienstlicher Beteiligung und den finanziellen Reserven von Staaten oder großen Firmen entwickelt werden (Langner 2013). Zudem hat sich weltweit die inoffizielle Norm herausgebildet, dass ein Cyberangriff mit kinetischen Effekten wahrscheinlich nach dem Völkerrecht als bewaffneter Angriff gewertet werden könnte, welcher das Recht zur Selbstverteidigung auslösen könne. Um diese Eskalation zu verhindern, sind die meisten Cyberfälle bewusst so entwickelt, dass sie unter dieser Eskalationsschwelle (schwarze Linie) bleiben. All diese Gründe sind Teil der Erklärung, warum ein zwischenstaatlicher Cyberwar bisher ausgeblieben ist.

Literatur

Lewis, James A. (2002): Assessing the Risk of Cyber Terrorism, Cyber War and Other Cyber Threats, Center for Strategic & International Studies.

Langner, Ralph (2013): To Kill a Centrifuge. A Technical Analysis of What Stuxnet's Creators Tried to Achieve, in: <http://www.langner.com/en/wp-content/uploads/2013/11/To-kill-a-centrifuge.pdf>, 14.12.2015.

Mansfield-Devine, Steve (2015): The Growth and Evolution of DDoS, in: Network Security 2015:10, 13-20.

Rid, Thomas (2013): Cyber War Will Not Take Place, Oxford.

Schneier, Bruce (2007): Cyberwar, in: <https://www.schneier.com/blog/archives/2007/06/cyberwar.html>; 14.12.2015..

Singer, P.W./Friedman, Allan (2014): Cybersecurity and Cyberwar. What Everyone Needs to Know, New York.



Markus Schuck (Referent für politische Bildung, AKSB) begrüßt auf der Fachtagung „Digital 2020“ den Erziehungswissenschaftler Julian Ernst, der den Fokus auf Rechtsextremismus legte. Foto: Rolf Strohmann/mok Fulda

Radikal im Netz

Die Fachtagung „Digital 2020: Die Attraktion des Extremen. Radikalisierungsprävention im Netz“ bot viel Raum für fachübergreifenden Austausch. Eine Zusammenfassung von Dr. Andrea Keller.

So vielfältig wie die Botschaften radikaler Gruppen im Netz, so vielfältig sind auch die Möglichkeiten, etwas gegen Radikalisierung zu tun. Das ist die positive Botschaft der Fachtagung. Dass Präventionsarbeit auch Spaß machen kann, konnten die Teilnehmer/-innen selbst erfahren: humoristische Videoclips gegen Vorurteile, Comics und Rollenspiele gegen Gewalt und Ideologisierung, eine App für die Diskussion mit Menschen einer gegensätzlichen politischen Meinung. Dies ist nur ein Ausschnitt dessen, was auf der Tagung an Methoden vorgestellt und größtenteils gemeinsam ausprobiert wurde.

Interesse aus vielen Bereichen

Dabei zeigte sich: Es gibt nicht die eine Methode gegen Radikalisierung, so wie es auch nicht den einen Weg der Radikalisierung gibt. Prävention kann und muss auf verschiedenen Ebenen greifen. Dass dies bereits geschieht, zeigte sich schon allein an den vielfältigen Berufsfeldern der etwa 90 Referent/-innen und Teilnehmer/-innen des Fachtags. Sie kamen aus den Bereichen Jugendsozialarbeit, Jugendmigrationsdienste, Schule, Medien, Polizei, Wissenschaft, spezialisierte Präventionsprojekte, Gaming und politische Bildung. Dies ermöglichte vielfältige Einblicke in das Thema und bereicherte die Diskussionen auf der Tagung. Es wurde aber auch ersichtlich, wie politische Bildung mit unterschiedlichen Bereichen von Bildung und Gesellschaft zusammenwirken kann.

Ähnliche Gründe und Motive

Als eine weitere Erkenntnis der Tagung kann festgehalten werden: Die Methoden, wie Menschen radikalisiert werden, und die Gründe, warum sie sich radikalieren, sind bei politisch und religiös begründetem Extremismus überwiegend dieselben. Dies vereinfacht die Präventionsarbeit, denn das Wissen aus dem Bereich Rechtsextremismus kann auf den Bereich des Islamismus und Salafismus übertragen werden.

Politische Bildung, die junge Menschen darin unterstützt, zu informierten und mündigen Bürger/-innen

zu werden, wirkt gegen jede Art Ideologisierung. Die Herausforderung besteht darin, je nach Zielgruppe spezifische Angebote zu entwickeln. Gerade durch die digitalen Medien ist es möglich geworden, verschiedene Zielgruppen mit unterschiedlichen Formaten zu erreichen. Manche Menschen sprechen besonders auf Computerspiele an, andere auf informative Sendungen, wieder andere auf Humor. Auch Extremist/-innen nutzen diesen Vorteil für sich und bieten Inhalte in verschiedenen Formaten und auf verschiedenen Plattformen an. Hierin sollte man ihnen nicht das Feld überlassen. In der politischen Bildung wie auch in der Präventionsarbeit können sich digitale und klassische Methoden gut ergänzen. Einige Vorteile von digitalen Medien sind die große Reichweite, die Schnelligkeit und die Partizipationsmöglichkeiten.

Mehr über die Fachtagung

Die diesjährige Fachtagung „Digital 2020“ fand im Mai 2019 im Bonifatiushaus Fulda statt. Eingeladen hatten die Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR), die Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz, das Bonifatiushaus Fulda und die AKSB. Die Fachtagung wurde im Rahmen des bundesweiten AKSB-Projektes „Religionssensible politische Bildungsarbeit“ durchgeführt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert dieses Projekt im Rahmen des Programms „Respekt Coaches“.



Dr. Andrea Keller ist innerhalb der AKSB tätig als Projektkoordinatorin für das Projekt „Religionssensible politische Bildungsarbeit“. Foto: AKSB

Herausforderung digitale Gesellschaft

Die Digitalisierung wird die Arbeitswelt beeinflussen – und zwar auch positiv. Im Beitrag geht Robert Kläsener auf die Fragen ein, was das bedeutet und welche Rolle die christliche Sozialethik übernehmen kann.

„Jeder fünfte deutsche Job bedroht“ so lautete die alarmierende Botschaft der Tagesschau Ende April 2019 anlässlich der OECD- Studie zu den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt durch Digitalisierung. Demnach würden 18,4 Prozent der Arbeitnehmer/-innen ihren Arbeitsplatz verlieren. Bei genauerer Betrachtung ist diese einseitige Interpretation der Studie sehr zweifelhaft. Aus derselben Studie konnte man genauso folgern, dass die Digitalisierung keine Arbeitsplätze kosten, sondern insgesamt mehr neue schaffen wird.

Analyse im Anfangsstadium

Studien und Umfragen, die vor dem Verlust von Arbeitsplätzen durch Digitalisierung und Automatisierung warnen, haben zurzeit Konjunktur in der medialen Aufmerksamkeit. Ihr empirischer Gehalt ist aber zweifelhaft. Zum einen beruhen die Ergebnisse oft auf Selbsteinschätzungen der befragten Unternehmer/-innen. Zum anderen bleibt dabei oft unklar, wie viele neue Jobs alternativ durch die Digitalisierung entstehen.

Die Analyse der Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte und die Folgen für die Arbeitnehmer/-innen befindet sich erst im Anfangsstadium. Die politische Bildung sollte sich folglich nicht an der spekulativen Debatte einer möglichen Bedrohung von Arbeitsplätzen beteiligen. Insbesondere als katholisch-sozial orientierte Bildung muss sie sich der Herausforderung stellen, die unaufhaltsame Digitalisierung aller Lebensbereiche human, gerecht, sozial und demokratisch zu gestalten. Dies ist eine gesellschaftliche und politische Aufgabe, um die einzelnen Menschen und Arbeitnehmer/-innen, aber auch Unternehmen, nicht der Digitalisierung auszuliefern.

Änderungen in drei Bereichen

Die Digitalisierung ist unbestreitbar eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung mit vielen Facetten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat den Dialog über die Arbeit der Zukunft mit der Initiative „Arbeiten 4.0“ (www.arbeitenviernull.de) mit einem Grünbuch im Februar 2016 initiiert.

Mit dem Weißbuch, das im März 2017 vorgelegt wurde, wurden erste Ergebnisse des Diskussionsprozesses dokumentiert und zentrale Spannungsfelder einer zukünftigen Arbeitswelt aufgeführt, in denen neue Gestaltungsaufgaben für Unternehmen, Sozialpartner/-innen, Verbände, Politik und sonstige Akteur/-innen entstehen. Das Weißbuch „Arbeit 4.0“ führt vor allem drei Bereiche der Arbeitswelt auf, die sich voraussichtlich grundlegend ändern werden.

Zum einen wird eine externe Flexibilisierung (Outsourcing) in Form von Crowdfunding erwartet. Hierbei werden Arbeitsaufträge ausgelagert und auf Plattformen angeboten, wo sie von der Crowd – selbstständigen Arbeitnehmer/-innen aus der ganzen Welt – erledigt werden. Zum anderen erwartet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine interne Flexibilisierung der Arbeitswelt in Form von befristeten Arbeitszeitverträgen oder Teilzeitarbeit. Zum dritten werde sich die Arbeit autonomer, das meint vor allem orts- und zeitunabhängig, gestalten.



Folgen für das Wirtschaftssystem

Diese Szenarien der Digitalisierung der Arbeitswelt haben fundamentale Konsequenzen auf unser bisheriges Wirtschaftssystem und die damit verknüpften Hierarchie- und Machtfragen. Denn die bisherigen Unternehmensstrukturen werden sich zunehmend auflösen und zu sogenannten Netzwerkunternehmen entwickeln. Die klassische Wertschöpfungskette zerfällt und es droht die Risikoverlagerung in Richtung der selbstständigen Arbeitnehmer/-innen, wodurch eine Distanz zur Arbeit kaum noch möglich wird. Es kommt zu einer zunehmenden Entgrenzung von Öffentlichkeit und Privatheit, der private Rückzugsraum löst sich auf.

Künftige Beschäftigungsverhältnisse

„Jahrhundertinitiative zur Zukunft der Arbeit“ heißt eine Initiative der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization, kurz: ILO) anlässlich ihres hundertjährigem Jubiläums in diesem Jahr. Im Fokus der Initiative stehen vor allem zwei Fragen: Wie sehen die Beschäftigungsverhältnisse der Zukunft aus?

Und: Braucht es einen neuen Sozialvertrag zum Ausgleich der gesellschaftlichen Interessen?

Bei der Beschäftigung wird zunehmend sichtbar, dass das lange Zeit dominierende Modell der unbefristeten, abhängigen Vollzeitbeschäftigung erodiert – und zwar nicht erst seit der Digitalisierung – und stattdessen atypische Beschäftigungsverhältnisse zunehmen. Dazu gehören zum Beispiel Zeit- und Leiharbeit, Teilzeitarbeit, Arbeit auf Abruf oder Scheinselbstständigkeit. Was für Unternehmen und (hochqualifizierte) Arbeitnehmer/-innen dabei durchaus einen Gewinn an Flexibilität bedeuten kann, ist jedoch oft verbunden mit schlechteren Arbeitsbedingungen, niedrigerer Entlohnung und geringerer sozialer Absicherung. Vor allem Frauen, junge Menschen und Migrant/-innen finden sich in atypischen Arbeitsverhältnissen wieder.

Perspektive der christlichen Sozialethik

Aus sozialetischer Perspektive ist die Arbeit wesentlicher Ausdruck der menschlichen Würde (Laborum exercens 9). Zentraler Ausgangspunkt und Ziel ist für die christliche Sozialethik die Sicherung

der Persönlichkeit des Menschen. Gemeint ist damit, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse so geordnet werden, dass der Mensch seine individuellen Anlagen entfalten kann und dadurch aktiv und selbstbestimmt das Erscheinungsbild der Welt fördert. Denn in der Gestaltung der Welt verwirklicht sich der Mensch. Auch in der Gestaltung der Digitalisierung muss die katholisch-sozial orientierte politische Bildung dieser Grundorientierung gerecht werden.

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt. Diesen Prozess zu ignorieren, sich der aktiven Gestaltung dieses Wandels unserer Gesellschaft zu verweigern, solche Haltungen bedrohen die sozialen Errungenschaften. Die AKSB muss den Wandel in ihren Angeboten thematisieren und begleiten und sich dazu von ihren sozialetischen Überzeugungen und Praxiserfahrungen her politisch positionieren.

Digitalisierung als Chance

Die Digitalisierung mit ihren Potenzialen könnte auch ein Versprechen einer besseren Zukunft sein. Dazu müsste sie vor allem genutzt werden, um die Herausforderungen unserer Zeit zu lösen: die Sicherung der ökologischen Grundlagen des Lebens, der Demokratie und des Friedens, die Schaffung globalen Wohlstands, die Sicherung und – in globaler Perspektive – Schaffung menschenwürdiger Arbeit. Unterwerfen wir uns fatalistisch der Digitalisierung unserer Welt – oder hilft sie uns auf dem Weg in eine Welt, in der alle Menschen ihr Menschsein selbstbestimmt und solidarisch verwirklichen können? Entschieden wird diese Frage erfahrungsgemäß wohl in der Wirtschaft und Arbeitswelt 4.0 und ihrer sozialstaatlichen Sicherung.



Robert Kläsener ist als Referent für politische Bildung bei der Kommende Dortmund tätig und leitet die Fachgruppe „Arbeit – Bildung – Soziales“ innerhalb der AKSB. Foto: Kommende Dortmund

Konsequenz der Konvergenz: Das erste Handbuch Medien- und Informationsethik

Einschlägige Beiträge von fast 50 Autoren und Autorinnen unterschiedlicher Professionen machen das „Handbuch Medien- und Informationsethik“ zu einer Empfehlung. In seiner Rezension bietet Prof. Andreas Büsch einen Überblick über das Werk.

Innerhalb des Megatrends Digitalisierung ist die Konvergenz von Medien ein zentraler Trend der letzten Jahre, wobei Digitalisierung einerseits als technische Basis (einheitliche Protokolle, Vernetzung etc.) fungiert, andererseits in der Konsequenz eine ungeheure Dynamik entfacht. So unterscheidet die aktuelle Welle der ARD/ZDF-Langzeitstudie Massenkommunikation tatsächlich nicht mehr wie bisher zwischen Einzelmedien – Radio, Fernsehen, Internet etc. – sondern zwischen „intermedialen Nutzungsportfolios“ aus Video, Audio und Text (Engel/Mai/Müller 2017). Und die zentralen Fragen im medienethischen Diskurs der letzten Jahre – neben Themen wie Inszenierung, Täuschung/Fake News, Verrohung der Kommunikation – sind Resultat der Digitalisierung. Ebenso bietet die technische Basis des Narrativs „Digitalisierung“ – Algorithmizität (Stalder 2016), Big Data und Künstliche Intelligenz – Stoff für medienethische Diskurse.

Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK) und im Netzwerk Medienethik aktiv. Aus diesem Umfeld kommt auch die Mehrzahl der Autor/-innen der 48 Beiträge, die eine große Bandbreite wissenschaftlicher Professionen repräsentieren, dadurch jeweils facheinschlägige Beiträge liefern und den interdisziplinären Ansatz des Buches tragen.

Die Beiträge sind nach einer Einleitung, in der die Herausgeberin den inhaltlichen Ansatz des Buches erläutert und begründet, in sieben Teilbereiche kategorisiert, was den vorliegenden Band auch formal deutlich vom bisher einzigen Handbuch der Medienethik (Schicha/Brosda 2010) sowie diversen Einführungen unterscheidet. Die inhaltliche Erweiterung gegenüber bisherigen Veröffentlichungen resultiert „aus dem Verschwinden der Mensch-Maschine-Schnittstelle ...“, aus der technischen Erweiterung von Handlungsspielräumen ... sowie aus der Bewertung von Handlungsfolgen für teils selbst organisierte Systeme ...“ (S. 2.).



Zum Handbuch

Heesen, Jessica (Hrsg.) (2016): Handbuch Medien- und Informationsethik. Stuttgart: J.B. Metzler. 378 S. ISBN 978-3-476-02557-9 (Hardcover) 99,99 Euro; ISBN 978-3-476-05394-7 (eBook) 89,95 Euro.

Weitere Infos, Inhaltsverzeichnis und Leseprobe auf der Verlags-Website:
<http://www.springer.com/de/book/9783476025579>

Sieben thematische Teilbereiche

Teilbereich II stellt die Kontexte und Bezugswissenschaften der Informations- und Medienethik von der Medienphilosophie über die Mediensoziologie, die Technikethik sowie die Medien- und Kommunikationswissenschaft dar und rekonstruiert abschließend den zentralen Ansatz des Buches: Medienethik ist angewandte Ethik.

Entsprechend muss auch die Medienethik weiterentwickelt werden – ob dies eine qualitative Veränderung hin zu einer „digitalen Ethik“ ist, oder „nur“ eine Ausweitung der Themenfelder, sei hier dahingestellt. Das vorliegende Handbuch trägt insofern der Konvergenz der Themen und Diskurse Rechnung, indem es Medien- und Informationsethik erstmals in einem Band vereint.

Hintergrund der Mitwirkenden

Die Herausgeberin Dr. Jessica Heesen ist Leiterin der Nachwuchsforschungsgruppe „Medienethik in interdisziplinärer Perspektive“ am Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften der Universität Tübingen, außerdem erste Sprecherin der Fachgruppe Kommunikations- und Medienethik der Deutschen

Unter III Leitwerte der Informations- und Medienethik werden die zentralen Konzepte der Ethik – Freiheit, Wahrheit, Öffentlichkeit und Verantwortung – abgehandelt, wobei in den drei erstgenannten jeweils die Spannung zwischen dem klassischen Bezugsfeld der öffentlichen Kommunikation und den stärker individualisierten bzw. „persönlichen Öffentlichkeiten“ (S. 70) der digitalen Kommunikation deutlich wird. Medienrecht, Funktionsaufträge des Rundfunks und Freiwillige Medienregulierung sind die drei Beiträge im Teilbereich IV Mediensteuerung, der damit auch am kürzesten ausfällt.

Journalismus (Teilbereich V) ist wiederum ein eher klassisches Feld der Medienethik, das neben zentralen Themen wie Qualität im Journalismus, Nachricht-

tenwert und Agenda Setting auch drei eher randständige Felder (Embedded Journalism, Anwaltschaftlicher Journalismus und Quellenschutz) aufgreift.

Unter VI Problematische Inhalte werden Propaganda, Diskriminierung, Gewaltdarstellung, Pornographie und Privatsphäre behandelt; allesamt auch zentrale Themen des Jugendmedienschutzes.

Der Teilbereich VII Informationstechnische Herausforderungen ist der umfangreichste Teil des gesamten Handbuchs und versammelt so unterschiedliche Themen wie Überwachung, Informationelle Selbstbestimmung, Open Data, Digitale Überlieferung, Cyberwar und Computerspiele.

Den zweiten Kernbereich, zumindest dem Umfang nach, bildet VIII Ethische Einzeldiskurse, worunter u. a. Publikums- und Nutzungsethik, Werbeethik, Informationsethik und kulturelle Vielfalt sowie Hackerethik und Values in Design behandelt werden.

Der abschließende Anhang bietet neben dem Überblick über die Autorinnen und Autoren ein umfangreiches Personen- und Sachregister, wobei letzteres nochmals hilft, das Handbuch zu erschließen, zumal sich darin etliche auf den ersten Blick im Inhaltsverzeichnis vielleicht vermisste Stichworte finden.

Gesucht und gefunden?

So ist der Jugendmedienschutz mit 12 Fundstellen im Handbuch verteilt und nicht unter einem eigenen Stichwort – neben der rechtlichen und pädagogischen Perspektive werden damit die medienethischen Facetten des Themas zumindest angesprochen. Künstliche Intelligenz dagegen hat ebenfalls kein eigenes Stichwort bekommen und scheint mit vier Fundstellen doch etwas knapp beleuchtet.

Die Schnittstelle zur medienpädagogischen Vermittlung vieler Fragen wird unter der Überschrift „Medienkompetenz“ nur im Rahmen der Publikums- und Nutzungsethik auf zwei Spalten und damit eher am Rande angesprochen.

Weitere Punkte ließen sich finden und gegen die behandelten Punkte abwägen, was allerdings angesichts der gesamten profunden Aufarbeitung der Themen beckmesserisch wirkt.

Dass die Artikel durchweg sehr gut lesbar und verständlich sind, ist auf dem Niveau des Handbuchs zu erwarten, allerdings noch lange keine Selbstverständlichkeit. Überschneidungen zwischen einzelnen Beiträgen sind dabei unvermeidbar und tolerierbar; ein Haufen lexikalischer Querverweise wäre die Alternative gewesen, die die Lesbarkeit nicht unbedingt erhöht hätte. Dass die Beiträge formal durchaus variieren – manche steigen mit Begriffsklärungen ein, andere über Kontexte und wieder andere eher begriffsgeschichtlich – und damit einen leichten Eindruck von Inhomogenität hinterlassen, ist ebenfalls vertretbar.

Weiterführende Literatur

Engel, Bernhard/Mai, Lothar/Müller, Thorsten (2017): Massenkommunikation Trends 2017: Intermediale Nutzungsportfolios. Ergebnisse aus der Studienreihe „Medien und ihr Publikum“. In: Media Perspektiven 8/2017, S. 358-374.

http://www.ard-werbung.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2017/0708-2017_Engel_Mai_Mueller.pdf

Schicha, Christian/Brosda, Carsten (Hrsg.) (2010): Handbuch Medienethik. Berlin: Springer.

Stalder, Felix (2016): Kultur der Digitalität (edition suhrkamp 2679): Berlin: Suhrkamp.

Fazit

In der Summe liegt mit dem Handbuch der Medien- und Informationsethik ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk auf der Höhe der Zeit vor, das Grundfragen ebenso erhellend darstellt wie aktuelle Diskurse. Die in sich geschlossene Form der Beiträge ermöglicht dabei die Einzellektüre ebenso wie das Erschließen zusammenhängender Themen.

Inhaltlich ist dem Handbuch weite Verbreitung zu wünschen, da es viele aktuelle Themen erstmals in der Zusammenschau einer wissenschaftlichen Betrachtung einem breiteren Publikum zugänglich macht und dies zudem höchst ausgewogen ohne einseitige Technikkritik oder -euphorie, was einem sachlichen Diskurs über Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung hoffentlich zuträglich sein wird.



Prof. Andreas Büsch, Autor der Rezension, ist Leiter der Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz an der Katholischen Hochschule Mainz. <https://medienkompetenz.katholisch.de>
Foto: Clearingstelle Medienkompetenz



Dem Populismus widerstehen
Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang
mit rechtspopulistischen Tendenzen
Arbeitshilfen Nr. 305

Arbeitshilfe „Dem Populismus widerstehen“

Die Deutsche Bischofskonferenz hat eine Arbeitshilfe zum Umgang mit Populismus veröffentlicht. Vier AKSB-Mitglieder sind darin mit Praxisbeispielen vertreten. Das Werk mit dem Titel „Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen“ steht hier online bereit: <https://t1p.de/6ce4>

„Die Grenzen verschwimmen“

Ende Juni kamen hunderte Neonazis in Ostritz zu einem Festival zusammen. Mit dem Ostritzer Friedensfest hielt die sächsische Stadt gegen. Einer der wesentlichen Ausrichter ist das Internationale Begegnungszentrum (IBZ) St. Marienthal, die östlichste AKSB-Mitgliedseinrichtung. Im Interview spricht Georg Salditt vom IBZ über die Hintergründe.

AKSB: Seit 2018 gibt es das Friedensfest in Ostritz. Wie kam es dazu?

Ein hessischer Unternehmer bietet seit Ende 2017 in Netzwerken der Rechtsextremen ein privates Hotelgelände in Ostritz als Veranstaltungsort an. Als wir davon gehört haben, war uns sofort klar: Das passt nicht zu Ostritz und wir wollen etwas dagegen unternehmen. Schnell hat sich daraufhin ein Bündnis gegründet, das im Wesentlichen aus der Zivilgesellschaft, also engagierten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, der Stadt Ostritz und dem Internationalen Begegnungszentrum St. Marienthal besteht.

AKSB: Was ist das Besondere an diesem Bündnis?

Das Besondere ist, dass die drei genannten „Säulen“ Zivilgesellschaft, Kommune und Bildungsinstitution wirklich eng zusammenarbeiten und auch auf Augenhöhe kommunizieren. Vieles kann schnell auf kurzem Weg geklärt werden. Insgesamt haben wir so seit 2018 schon vier Friedensfeste und einen Spendenlauf auf die Beine gestellt. Mit unseren Aktionen haben wir im Jahr 2018 unter anderem den Sächsischen Förderpreis für Demokratie und den Preis des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ erhalten. Gerade wurden wir auch für den deutschen Engagementpreis 2019 nominiert.

AKSB: Warum beteiligt sich das IBZ St. Marienthal an den Friedensfesten?

Als internationales Begegnungszentrum stehen wir für Weltoffenheit, Menschenrechte und Demokratie. Von Anfang an war es uns wichtig, dass wir mit unserem Know-how und Netzwerken ein alternatives Programm anbieten und so den öffentlichen Raum in Ostritz besetzen. Im Rahmen des Friedensfestes haben wir eher klassische Bildungsveranstaltungen wie Workshops zu Zivilcourage oder Vorträge zu Rechtsrock organisiert. Es gab aber auch kulturelle Angebote, Theatervorführungen und eine 20-Stunden-Lesung zum Grundgesetz.

AKSB: Wie wurden die Friedensfeste in Ostritz und in der Umgebung aufgenommen?

Es gibt natürlich Menschen, denen das alles egal ist. Manche wiederum meinen, wir sollten den Rechtsextremen keine Aufmerksamkeit schenken und sie nicht größer machen, als sie sind. Insgesamt ist das

aber eine Minderheitenmeinung. Die Beteiligung bei allen Friedensfesten war sehr hoch und die Bereitschaft, auch für ungewöhnliche Aktionen, ist vorhanden. Als die Polizei ein Alkoholverbot auf dem Festivalgelände durchsetzte und 4200 Liter Alkohol konfiszierte, reagierten die Bewohner von Ostritz mit einer koordinierten Aktion. Sie kauften den gesamten Biervorrat des nächsten und einzigen Supermarkts auf und sorgten so dafür, dass die Rechtsextremen auf dem Trockenen blieben. Das zeigt deutlich: Die Friedensfeste sind eine Bewegung der Ostritzer. Die rechtsextremen Events sind importiert!

AKSB: Warum engagierst Du Dich in dieser Initiative?

Die Festivals und Veranstaltungen, gegen die wir uns hier in Ostritz engagieren, richten sich an echte Neonazis und Rechtsextreme. Ich stelle aber fest, dass in den letzten Jahren die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus mehr und mehr verschwimmen. Manche Vertreter von rechtspopulistischen Parteien distanzieren sich nicht von den Inhalten der Neonazis, sondern lediglich aus „strategischen“ Gründen. Darauf müssen wir auch mit unserer Bildungsarbeit aufmerksam machen.

Das Interview führte Kai Stenull im Namen der AKSB.



Georg Salditt ist Abteilungsleiter Bildung und Begegnung am IBZ St. Marienthal und Mitglied im Organisationsteam der Ostritzer Friedensfeste.

<http://ostritzer-friedensfest.de> Foto: IBZ St. Marienthal

Gottes Sozialcharta und die AKSB

**Das Magnificat Mariens als Parallele zu und Inspiration für die Arbeit innerhalb der AKSB:
Diese Idee verfolgte die Predigt von Michael Peters auf der Verwaltungsfachtagung 2018 in der
Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.**

Die Begegnung zwischen Maria und Elisabeth

Lk 1, 39-56

39 In diesen Tagen machte sich Maria auf den Weg und eilte in eine Stadt im Bergland von Judäa.

40 Sie ging in das Haus des Zacharias und begrüßte Elisabeth.

41 Und es geschah, als Elisabeth den Gruß Marias hörte, hüpfte das Kind in ihrem Leib. Da wurde Elisabeth vom Heiligen Geist erfüllt

42 und rief mit lauter Stimme: Gesegnet bist du unter den Frauen und gesegnet ist die Frucht deines Leibes.

43 Wer bin ich, dass die Mutter meines Herrn zu mir kommt?

44 Denn siehe, in dem Augenblick, als ich deinen Gruß hörte, hüpfte das Kind vor Freude in meinem Leib.

45 Und selig, die geglaubt hat, dass sich erfüllt, was der Herr ihr sagen ließ.

46 Da sagte Maria: Meine Seele preist die Größe des Herrn

47 und mein Geist jubelt über Gott, meinen Retter.

48 Denn auf die Niedrigkeit seiner Magd hat er geschaut. Siehe, von nun an preisen mich selig alle Geschlechter.

49 Denn der Mächtige hat Großes an mir getan und sein Name ist heilig.

50 Er erbarmt sich von Geschlecht zu Geschlecht über alle, die ihn fürchten.

51 Er vollbringt mit seinem Arm machtvolle Taten: Er zerstreut, die im Herzen voll Hochmut sind;

52 er stürzt die Mächtigen vom Thron und erhöht die Niedrigen.

53 Die Hungernden beschenkt er mit seinen Gaben und lässt die Reichen leer ausgehen.

54 Er nimmt sich seines Knechtes Israel an und denkt an sein Erbarmen,

55 das er unsern Vätern verheißen hat, Abraham und seinen Nachkommen auf ewig.

56 Und Maria blieb etwa drei Monate bei ihr; dann kehrte sie nach Hause zurück.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn es denn einen Text aus den Evangelien gibt, der unsere Arbeit in der AKSB auf den Punkt bringt, dann ist es wohl dieser: das Magnificat Mariens aus dem Lukasevangelium.

Wenn man so will, veröffentlicht Gott schon vor Jesu Geburt durch Maria eine Sozialcharta, die kurz und knapp all das zusammenfasst, was später auch Grundlage für unsere Kirche und auch für die katholische Soziallehre werden sollte, die heute bundesweit – und so sind wir ja auch heute hier auf dieser Verwaltungsfachtagung in Weingarten vertreten – Ausdruck vor allem in der Arbeit der AKSB findet. Es ist, wenn man so will, eine Art „christliches Sozialprogramm“, das, um in unserer Verwaltungsfachsprache zu bleiben, zwei große Programmeinheiten, umfasst:

Zum einen: Diese Worte Mariens sind eine Verheißung an uns, dass Gott es gut mit uns Menschen meint, dass Gott möchte, dass unser Leben im Kleinen, in der Familie, in unseren Bildungshäusern und Verwaltungsbüros, aber auch im Großen in unserem Staat und unserer Gesellschaft, ja rund um den Globus gelingen kann. Und dazu legt Gott uns einen personalisierten Heilsplan vor: Jesus Christus.

Doch gerade in unserer heutigen Zeit müssen wir gerade wohl wieder mehr denn je die Erfahrung machen, dass der Heilsplan Jesu ins Stocken geraten zu sein scheint. Der Blick in unsere Welt zeigt, dass wir aktuell augenscheinlich wieder etwas weiter von Gottes Verheißung, dass Gerechtigkeit und Frieden die Welt umfassen werden, entfernt sind.

Daher kommt noch ein Zweites hinzu. Die Worte Mariens beinhalten auch einen Auftrag, den Auftrag an uns, dass wir seinem Heilsplan, seiner Sozialcharta, weiterhin und immer wieder neu Gehör verschaffen.

Ich denke, dass wir da mit unseren Programmen, die unsere pädagogischen Kolleginnen und Kollegen ausarbeiten, und mit unseren Veranstaltungen in den Bildungshäusern weiterhin nah am Thema und am Puls der Zeit sind.

Doch sind es nicht nur die pädagogischen Kolleginnen und Kollegen, auf die es dabei ankommt. Auch wir Verwaltungsleute sind immer wieder mit einbezogen, auch wenn wir manchmal das Gefühl haben, dass Vieles nur an uns durchgereicht wird oder an uns hängen bleibt, so dass der Eindruck entstehen

kann, dass wir bei der Umsetzung des Heilsplans Jesu nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Doch dem ist nicht so. Nicht nur deshalb, weil ohne Zuschüsse kein Programm durchgeführt werden kann.

Lenken wir den Blick auf die Person im heutigen Evangelium: Sie ist Maria, eine Frau, eher arm als wohlhabend, unverheiratet und schwanger, eine Frau, die kurze Zeit später, gleich nach der Geburt Jesu, zur Geflüchteten wird. Und doch ist es gerade diese Frau, die Gottes Heilsplan noch vor Jesu Geburt öffentlich macht.

Gottes Verheißung und „Richtlinien“ werden also nicht von oben, also von Herrschern, verkündet und sind auch nicht vorab von Rechts- und Schriftgelehrten ausgearbeitet und verwissenschaftlich worden.

Der Evangelist Lukas lenkt ganz bewusst den Blick nach unten. Das Gute beginnt im Kleinen, manchmal auch Verborgenen. Gott setzt bei der Verkündigung und Verwirklichung seines Heilsplans nicht zuvorderst auf die Mächtigen und Herrscher, die die Bühne der Welt bevölkern. Gott setzt auf jede und jeden einzelnen von uns. Gerade auch wir sind an unseren alltäglichen Orten, in unseren Familien und an unserem

Arbeitsplatz, hier in unseren Verwaltungen und Buchhaltungen, eingeladen, an einer besseren Welt als Gottes Botschafter und Werkzeuge mitzubauen. Gott traut gerade uns zu, diese solide Basisarbeit in unseren Familien und an unserem Arbeitsplatz zu leisten.

Das schaffen wir nicht alleine, das müssen wir auch nicht alleine schaffen. Es gelingt uns aber sicherlich, auch immer besser, in der Zusammenarbeit mit unseren Kolleginnen und Kollegen in unseren Häusern und umso mehr in der Vernetzung in der AKSB.

Vertrauen wir dabei auf Gottes Zusage, dass sein Heilsplan, zwar noch nicht erfüllt, aber doch Wirklichkeit werden wird. Und lassen wir uns immer wieder durch seinen Geist motivieren, unser Zusammenleben in Frieden und Gerechtigkeit gelingen zu lassen. Amen.



Michael Peters ist Verwaltungsleiter der Akademie Franz Hitze Haus in Münster und als Diakon tätig.
Foto: Dorothea Raspe/Katholische Kirchengemeinde St. Joseph Münster-Süd

Das Magnificat Mariens in einer Aktualisierung von Dorothee Sölle (1929 - 2003) Ein Auszug

Es steht geschrieben, dass Maria sagte:
„Meine Seele erhebt den Herrn
Und mein Geist freut sich Gottes, meines Heilands.“

...

Heute sagen wir das so: Meine Seele sieht das Land der Freiheit,
und mein Geist
wird aus der Verängstigung herauskommen.

...

Heute sagen wir das so:
Die große Veränderung,
die an uns und durch uns geschieht,
wird mit allen geschehen – oder sie bleibt aus.
Barmherzigkeit wird geübt werden,
wenn die Abhängigen
das vertane Leben aufgeben können
und lernen, selber zu leben.

...

Ursprünglich erschienen in:
Sölle, Dorothee (1974): Die revolutionäre Geduld. Gedichte. Berlin: Verlag Fietkau.
Zitiert nach: <http://kirchspiel-sollstedt.de/WebArchiv/html/predigt36.html>

5. September 2019

**Fachkonferenz „Politische Bildung –
Zusammenarbeit mit Bundeswehr,
Katholische Militär- und Polizeiseelsorge“**

Bonifatiushaus, Fulda

5.-6. September 2019

**DPJW-Fachtagung für den deutsch-polnischen
Jugend- und Schulaustausch**

CJD, Bonn

Thema: „Europa nach den Wahlen: Auswirkungen auf
den deutsch-polnischen Jugend- und Schulaustausch“

18. September 2019

Fachkonferenz „Interreligiöse/interkulturelle Bildung“

Haus am Dom, Frankfurt

Thema: „Die Rolle der Religion in der Gesellschaft –
Selbstverortung und Fremdwahrnehmung“

25.-26. September 2019

**Abschlusskonferenz „Politische Bildung mit ge-
flüchteten Jugendlichen – Konzepte. Erfahrungen.
Perspektiven“ im Rahmen von „Empowered by
Democracy“**

Pumpe Berlin, Berlin

25.-27. September 2019

**Abschlussstagung des Modellprojekts „Politische
Partizipation als Ziel der politischen Bildung“**

Haus am Maiberg, Heppenheim

Thema: „Neutralität ist auch keine Lösung!“

9. Oktober 2019

**Fachkonferenz „Qualität und Wirkung in der
entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“**

Geschäftsstelle der AKSB, Bonn

25.-26. November 2019

**AKSB-Jahrestagung
mit gemeinsamer Fachtagung der AKSB und der KEB**

Katholische Akademie Stapelfeld,
Cloppenburg

27. November 2019

AKSB-Mitgliederversammlung

Katholische Akademie Stapelfeld,
Cloppenburg

3.-4. Dezember 2019

**Fachtagung des Europabüros für Katholische Jugend-
arbeit und Erwachsenenbildung**

Kommission der Bischofs-
konferenzen der Europäischen
Gemeinschaft (COMECE), Brüssel

Thema: „Partizipation und Demokratie in der EU nach
der Europawahl 2019: Aufgaben für die politische
Bildung“